

**FAZ**

**10.05.2016**

## **Warum Geld für Investitionen fehlt**

*von Michael Heise*

Dass der deutsche Staat auch im Jahre 2016 eine „schwarze Null“ in seinem Budget erreichen wird, gilt für viele Kritiker im In- wie Ausland als die Wachstumsbremse schlechthin. Deutschland könne und solle mehr Schulden machen, um die öffentliche Infrastruktur und das Bildungssystem zu verbessern, Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge aufzustocken und etwaige Folgen für die deutsche Bevölkerung abzufedern. Das würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ankurbeln und den großen Außenhandelsüberschuss vermindern, der die Weltwirtschaft belastet. Vorsorglich hat die EZB daher in ihrem jüngsten Wirtschaftsbericht schon einmal die (kurzfristigen) Effekte zusätzlicher, schulden-finanzierter öffentlicher Ausgaben für Deutschland und die übrige Eurozone ausrechnen lassen.

Übersehen wird dabei, dass der Haushaltsausgleich in Deutschland seit etwa 2012 keineswegs auf eine strenge Sparpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden zurückgeht, sondern trotz deutlicher Ausgabesteigerungen erzielt wurde. Nur in den Jahren 2011 und 2012, als die großen Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der Finanzkrise ausliefen, blieben die staatlichen Ausgaben unverändert. Von 2012 bis 2015 sind die Staatsausgaben wieder um 106 Mrd. EUR (+8,7%) gestiegen, vor allem durch steigende Sozialausgaben (Mütterrente, Frühverrentung und Pflegereform). Die Abkehr von der Sparpolitik setzt sich im Jahr 2016 fort, und zwar keineswegs allein als Folge der zusätzlichen Ausgaben für Flüchtlinge, die bei mindestens 10 Mrd. Euro liegen dürften. Zusätzlich sind für 2016 expansive finanzpolitische Maßnahmen von annähernd 10 Mrd. EUR eingeplant. Insgesamt setzt die aktive Finanzpolitik damit auch in diesem Jahr einen Konjunkturimpuls in Höhe von 20 Mrd. EUR – oder rund 0,6% in Relation zum BIP.

Diese Mehrausgaben des Staates treffen auf eine normal ausgelastete Wirtschaft, deren Wachstum vom rückläufigen Ölpreis, Negativzinsen, der Zuwanderung und dem relativ niedrigen Außenwert des Euro angefacht wird. Zusätzliche Konjunkturimpulse durch

kreditfinanzierte Ausgabenprogramme wären in dieser Situation kontraproduktiv. Sie würden die zyklische Nachfrageexpansion weiter verstärken und das Risiko einer Überhitzung der Wirtschaft, nicht nur im Wohnungsbau, deutlich erhöhen. Die anlaufende Lohnrunde, in der sich die Forderungen auf ein Plus von bis zu 6 % belaufen (Metallindustrie 5,0%, Bau 5,9%, öffentlicher Dienst 6,0%), ist bereits ein deutliches Warnzeichen.

Wirtschafts- und Finanzpolitik sollten nicht auf kurzfristige Impulse, sondern auf eine längerfristige Wachstumsförderung ausgerichtet sein. Das langfristige Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft ist angesichts sehr schwacher Produktivitätszuwächse und niedriger Investitionen viel zu gering, um die Sozialsysteme und die Staatsfinanzen langfristig abzusichern. Hier ist in den letzten Jahren wenig geschehen. Die Finanzpolitik könnte einen Beitrag leisten, indem Mehrausgaben stärker in investive, und nicht vornehmlich in konsumtive Bereiche fließen, wie das in den letzten Jahren der Fall war und auch für 2016 zu erwarten ist. Seit 2012 sind der staatliche Konsum um 64 Mrd. EUR und die monetären Sozialleistungen um 40 Mrd. EUR gestiegen – während für öffentliche Investitionen nur rund 3 Mrd. EUR mehr ausgegeben wurden. Hätte der Zuwachs der konsumtiven Ausgaben (einschließlich Transfers) seit 2012 statt jährlich 3% „nur“ 2 % betragen, wäre ein Anstieg der staatlichen Investitionen um immerhin fast 15 % pro Jahr ohne zusätzliche Verschuldung möglich gewesen. Das wäre ein nachhaltiger und sichtbarer Beitrag für die Verbesserung der Infrastruktur und Stärkung des langfristigen Wachstums gewesen.

Natürlich geht es nicht allein um die quantitative Ausweitung staatlicher Investitionen, sondern vor allem auch um die richtige Prioritätensetzung. Sowohl bei den Investitionen als auch bei „konsumtiven“ Ausgaben, etwa im Rahmen von Bildungsbudgets, gibt es mehr oder wenig wachstumswirksame Verwendungen. Zudem muss die Finanzpolitik dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen für höhere private Investitionen am Standort Deutschland gegeben sind. Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen über weitere Steuererhöhungen zu diskutieren – etwa bei der Abgeltungssteuer, der Erbschaftssteuer oder womöglich gar einer Vermögenssteuer – ist sicher nicht der richtige Weg. Wichtig wäre es vielmehr, Investitions- und Leistungsanreize zu fördern.

Das Steuersystem sollte wachstumsfreundlicher ausgestaltet werden, etwa durch eine geringere Abgabenbelastung bei unteren und mittleren Einkommen und die steuerliche Gleichstellung von fremd- und eigenfinanzierten Investitionen. Angesichts der erheblichen Kassenbestände deutscher Unternehmen könnte letzteres rasch einen langfristig wachstumsfördernden Investitionsanstieg auslösen.